



## Polizei und Justiz im Rampenlicht in Nachfolgemission in Haiti

Nach 13 Jahren Arbeit wird die UN-Stabilisierungs-Mission in Haiti (MINUSTAH) durch eine neue, kleinere Mission ([S/RES/2350](#)) ersetzt, die sich auf Polizei, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte konzentrieren soll. Die *UN Mission for Justice Support in Haiti* (MINUJUSTH) nimmt am 16. Oktober 2017 ihre Arbeit auf.

### Politische Situation

Die politische Stabilität Haitis bleibt fragil. Zuletzt führte Präsident Michel Martelly (2011-2016) keine Lokal- oder Parlamentswahlen durch, ließ stattdessen das Mandat der Volksvertretung im Januar 2015 auslaufen und regierte seitdem per Verordnung. Erst im August 2015 wurde ein neuer Wahlzyklus eingeleitet, der im Januar 2017 beendet wurde. Der Versuch, im Oktober 2015 Präsidentschaftswahlen durchzuführen, scheiterte aufgrund von Gewalt und Vorwürfen des weitverbreiteten Wahlbetrugs. Im Februar 2016 musste Martelly gemäß der Verfassung sein Amt aufgeben und das Parlament wählte Jocelerme Privert zum Übergangspräsidenten. Nach friedlichen Präsidentschaftswahlen (November 2016) konnte Jovenel Moïse am 7. Februar 2017 als Präsident vereidigt werden.

Die Hoffnungen, die in die neue Regierung gesetzt werden, sind so groß, dass die scheidende UN-Missionschefin Sandra Honoré von einer „neuen Partnerschaft“ spricht. Die geringe Wahlbeteiligung deutet jedoch auf eine tiefe Vertrauenskrise hin. Während die Beteiligung in den Jahren 1990-2004 noch zwischen 50% und 60% lag, nahmen – nach offiziellen Zahlen – nur etwa 21% der Wahlberechtigten an den Wahlen 2016 teil. Präsident Moïse hat wenig politische Erfahrung und ist nicht Teil der Port-au-Prince-Elite, sondern stammt aus dem ländlichen Norden des Landes. Und doch gilt er als Martellys politischer Nachfolger und vertritt im Prinzip die gleichen Interessengruppen und politische Flanke wie sein Vorgänger. Er hat angekündigt, internationale Gelder besser zu verwalten, Transparenz zu fördern und Korruption zu bekämpfen. Als Premierminister ernannte er am 21. März 2017 Jack Guy Lafontant.

### Transition zu MINUJUSTH

MINUJUSTH wird die achte Mission der UN seit Beginn ihres Engagements im Land 1993.<sup>1</sup>

- **Status der Rechtsstaatlichkeit im Oktober 2017** | Die *Police Nationale d’Haiti* (PNH) hat seit der Entsendung der Vorgängermission MINUSTAH 2004 große Fortschritte gemacht und wird bis Ende 2017 ihre vorgesehene Stärke von 15.000 erreichen. Schwächen bestehen weiterhin bei der Administration, der Führung und in der ungleichmäßigen Präsenz in verschiedenen Landesteilen, sowie in den Bereichen organisierte Kriminalität und bürgernahe Polizeiarbeit. Auch im **Justizsektor** gibt es gewisse Fortschritte in der Gesetzgebung, der Ausbildung und der Eröffnung von Rechtshilfebüros. Doch die Herausforderungen bei der Justiz- und Strafvollzugsreform sind hartnäckig: der **Strafvollzugssektor** ist weiterhin geprägt von Überlastung und horrenden Haftbedingungen, von der langen Dauer der Untersuchungshaft und fehlenden Garantien für ordnungsgemäße Gerichtsverfahren. Der Justizsektor gilt als politisiert und korrupt. Menschenrechtsverstöße – auch durch Institutionen des Strafrechtssystems – sind bislang unzureichend aufgearbeitet.
- **Mandat** | MINUJUSTH hat drei primäre Aufgaben: die Regierung Haitis bei der Stärkung der rechtsstaatlichen Institutionen zu unterstützen, die nationale Polizei Haitis weiter zu entwickeln, und über die Menschenrechtslage zu berichten. Die neue Mission behält außerdem den Auftrag zum Schutz der Zivilbevölkerung. Diese Aufgabe macht eine Mandatierung der Mission unter Kapitel VII der UN-Charta zwingend erforderlich. Nicht zuletzt deshalb hat sich Präsident Moïse bereits kritisch gegenüber MINUJUSTH geäußert. Auch der zeitliche Horizont von zwei Jahren ist auf Diskussionen im Sicherheitsrat zurückzuführen – wo Großbritannien auf den Ruf nach einer

<sup>1</sup> MICIVIH (1993-2000), UNMIH (1993-1996, suspendiert 1993-1995), UNSMIH (1996-1997), UNTMIH (1997), MIPONUH (1997-2000), MICAH (2000-2001), MINUSTAH (2004-2017).

klardefinierten „exit strategy“ bestand. Um die Grundlage für einen nachhaltigen „Exit“ zu schaffen, will MINUJUSTH – zusätzlich zu technischer Unterstützung – die Aufmerksamkeit auf Fragen von Governance und Ownership lenken und die Verantwortlichkeit der Regierung stärker betonen.

- **Struktur** | Die Missionsstruktur spiegelt die drei Aufgaben und deren Verknüpfung untereinander wider: die Arbeit zur politischen Situation, zur Rechtsstaatlichkeit und zu Menschenrechten wird in einer Säule vereint. Die Polizeikomponente bildet eine zweite Säule. Während die Menschenrechtskomponente ihre Stärke im Vergleich zu MINUSTAH behält, wird die Polizeikomponente verkleinert und neu konfiguriert. Sie wird auf 295 Polizeibeamte, ein Drittel ihrer vormaligen Stärke, und auf sieben Hundertschaften (vorher elf) gekürzt. Hinzu kommen 15 Experten, die sich auf Kapazitätsaufbau konzentrieren werden. Die Hundertschaften, von denen drei in Port-au-Prince und vier weitere in anderen Regionen stationiert sein werden, sollen Sicherheitslücken schließen und werden nach Bedarf in den Regionen durch mobile Teams unterstützt werden.

## Herausforderungen

- Die **Sicherheitslage** ist zurzeit stabil. Alltagskriminalität konzentriert sich auf die Hauptstadt. Verbleibende Herausforderungen liegen in den Verbindungen zwischen kriminellen Gruppen und politischen Fraktionen. Aufgrund seiner schwachen Grenzsicherung zu Lande und zu Wasser ist Haiti zudem Transitland für illegale Waren und Menschenhandel.
- Auf Seiten der politischen Elite Haitis wird der Ruf nach der Wiedereinführung einer **Armee** lauter, die aber von der internationalen Gemeinschaft nahezu einstimmig als Geldverschwendung abgelehnt wird. Um ihren Einfluss in verwandten Bereichen, insbesondere der Polizei, nicht zu verlieren, sollte MINUJUSTH den Dialog zu dieser Frage – trotz eigener Skepsis – fortführen.
- Die **politischen Spannungen** der letzten 20 Jahren bestehen weiter. Fehlende Lösungsansätze für sozio-ökonomische und politische Herausforderungen und mangelnde Bereitschaft, vergangene Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten, stellen die Glaubwürdigkeit der neuen Regierung in den Augen der Bevölkerung in Frage.
- Trotz einer vorgeschriebenen Quote von 30% in allen öffentlichen Ämtern, sind **Frauen** in Haiti größtenteils von der Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen – von Führungspositionen ganz zu schweigen. Die Tatsache, dass sie nur vier der 149 Sitze im Parlament gewinnen konnten, zeigt, wie hoch die sozio-ökonomischen und strukturellen Hürden für Frauen weiterhin sind.
- In der Interaktion mit der UN steht für die Bevölkerung vor allem das Thema **Cholera** im Fokus. Das Ansehen von MINUSTAH ist durch die Handhabung der Cholera-Epidemie schwer geschädigt worden. Zwar wird die Aufarbeitung nicht bei MINUJUSTH, sondern bei den UN-Agenturen und der jüngst ernannten Sondergesandten Josette Sheeran (USA) liegen. Mangelnde Fortschritte und fehlende Gelder für erkrankte Haitianer würden sich dennoch schnell negativ auf die Akzeptanz von MINUJUSTH auswirken. Gleiches gilt im Hinblick auf die **sexuellen Übergriffe durch Blauhelme**. Hier geht es vor allem um finanzielle Unterstützung der „vaterlosen“ Kinder, die hieraus hervorgegangen sind.
- Die neue Mission macht – zumindest auf dem Papier – wahr, was schon lange gefordert wird: die politischen Einflussmöglichkeiten der Mission sollen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit eingesetzt werden. Konkret heißt das Beratung zur institutionellen Entwicklung sowie zu Gesetzesvorschlägen und Druck, um politische Patt-Situationen zu durchbrechen. Hierzu wird es auch der Unterstützung bilateraler Partner bedürfen. Die **Group of Friends of Haiti** bestehend aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Frankreich, Guatemala, Kanada, Kolumbien, Peru, Uruguay und den Vereinigten Staaten sollte zukünftig noch stärker zur **politischen Unterstützung von Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit** mobilisiert werden.
- Der 2-Jahres-Horizont der Mission führt zwingend zu einem Fokus auf die **Zusammenarbeit mit anderen UN Agenturen**. Um den Übergang zu einem Nicht-Missionskontext vorzubereiten, wurde bereits ein Transitionsplan entwickelt. Wichtig wird sein, frühzeitig über die Konstellation nach Ablauf des MINUJUSTH-Mandats nachzudenken. Insbesondere könnte die *Peacebuilding Commission* einbezogen werden, um die Folgepräsenz aktiv mitzugestalten und langfristige Unterstützung für die Konsolidierung der Errungenschaften zu sichern.